

## Überblick zur Bildungs-, Forschungs- und Innovationslandschaft und -politik: Frankreich

Mit Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) in Höhe von 74,6 Milliarden USD (kaufkraftbereinigt, Bezugsjahr 2020) belegt Frankreich im weltweiten Vergleich Rang 6 hinter den USA, China, Japan, Deutschland und Südkorea. Die FuE-Intensität – das heißt der Anteil der FuE-Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) – lag in Frankreich seit 2009 stabil bei 2,2 Prozent und erreichte erstmals 2,3 Prozent im Jahr 2020 (siehe [FuE-Indikatoren](#)).

In Bezug auf die Anzahl der wissenschaftlichen Publikationen platzierte sich Frankreich im Zeitraum von 2014 bis 2018 im globalen Vergleich auf Rang 7. Seit 2019 wurde es jedoch von Italien und von Kanada überholt und liegt jetzt auf Rang 9 (Quelle: SCImago. SJR — SCImago Journal & Country Rank. Retrieved June 11, 2022, from [www.scimagojr.com](http://www.scimagojr.com)).

Im [Global Innovation Index \(GII\) 2021](#) werden Innovationsleistungen der Länder weitgehend unabhängig von absoluten Größenordnungen bewertet. Hier belegt Frankreich im weltweiten Vergleich Rang 11, während die USA auf Rang 3, Deutschland auf Rang 10 und mehrere kleinere europäische Länder wie die Schweiz, die Niederlande und Schweden vor Frankreich liegen.

Die Verantwortung für Forschung, Wissenschaft und Bildung liegt hauptsächlich bei der nationalstaatlichen Regierung. Die außeruniversitären Forschungseinrichtungen unterstehen allein ihren vorgesetzten Ministerien. In den Regionen wird die Umsetzung der nationalen Bildungsvorgaben von einem staatlichen Vertreter (Recteur) sichergestellt. Die Regionen selbst engagieren sich in kleinerem Umfang für Forschung, Hochschulen und Wissenschaft, indem sie zum Beispiel Studierendenmobilität oder Bauvorhaben für Hochschul- oder Forschungseinrichtungen fördern. Vor allem die Regionen Île-de-France ([Hightech-Region Paris Île-de-France](#)), Auvergne-Rhône-Alpes ([Hightech-Region Grenoble Lyon](#)), Okzitanien ([Hightech-Region Toulouse](#)) und Provence Alpes-Côte d’Azur ([Hightech-Region Sophia Antopolis](#)) sind in wissenschaftlich-technologischer Hinsicht von Bedeutung.

Die Hochschulen liegen in Frankreich im Verantwortungsbereich des Staates. Es gibt an den Universitäten keine Studiengebühren für In- und EU-Ausländer. Seit dem Wintersemester 2019/20 müssen Nicht-EU-Studierende erstmals Gebühren von bis zu 3.370 Euro zahlen. Promovierende sind davon ausgenommen. Bei anderen Hochschultypen wie den „Grandes Écoles“ und „Écoles“ sind – teils hohe – Studiengebühren nicht unüblich. Diese traditionsreichen und hochselektiven Hochschulen genießen gesellschaftlich ein hohes Ansehen, während die Universitäten noch immer gegen ihren Ruf als Massen-Ausbildungsstätten kämpfen. Neben 67 Universitäten gibt es 19 Hochschulzusammenschlüsse, bei denen es sich um Fusionen oder Verbünde von Hochschul- und Forschungseinrichtungen handelt. Zudem wurde die Forschungsleistung der Hochschulen aufgrund der aus historischen Gründen starken Trennung zwischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen erst in den letzten 15 Jahren sichtbar. Insgesamt bieten etwa 4.000 Einrichtungen oder Strukturen Hochschullehre in unterschiedlicher Form an.

Den außeruniversitären Forschungseinrichtungen kommt in der französischen Forschungslandschaft eine große Bedeutung zu. Die größte dieser Einrichtungen ist das Nationale Zentrum für wissenschaftliche Forschung CNRS („Centre national de la recherche scientifique“), das in die alleinige Zuständigkeit des Ministeriums für Hochschulbildung, Forschung und Innovation MESRI („Ministère de l'Enseignement supérieur, de la Recherche et de l'Innovation“) fällt. Das CNRS führt Grundlagenforschung und angewandte Forschung in allen Fachbereichen durch. Daneben gibt es zahlreiche außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, die neben dem MESRI zusätzlich den jeweiligen Fachministerien zugeordnet sind.

Im März 2015 wurde die französische Forschungsstrategie SNR („Stratégie nationale de recherche“) veröffentlicht. Sie definiert zehn gesellschaftliche Herausforderungen und entsprechende Handlungsorientierungen für die Forschung. Die als prioritär identifizierten Themen lauten Klimawandel und Ressourcen, Energie, industrieller Aufschwung, Gesundheit und Wohlbefinden, Diversität und Evolution des Lebens, Lebensmittelsicherheit und demografischer Wandel, Mobilität und nachhaltige urbane Systeme, Informations- und Kommunikationstechnologie, Wandel der Gesellschaft, Raumfahrt sowie Sicherheit. Im September 2015 wurde weiterhin erstmals eine Nationale Hochschulstrategie StraNES („Stratégie nationale de l'enseignement supérieur“) unter dem Titel „Für eine lernende Gesellschaft“ veröffentlicht.

Das MESRI hat die Federführung für Regierungspolitik in den Bereichen Hochschulbildung und Forschung. Dies geschieht in Zusammenarbeit mit der Mehrzahl der anderen Ministerien, von denen einige wie etwa das Verteidigungsministerium auch hauptverantwortlich für Hochschulen aus ihrem Fachbereich sind.

Seit der Präsidentschaftswahl im Mai 2017 ist Emmanuel Macron Staatschef von Frankreich und hat Édouard Philippe zu seinem Premierminister ernannt. Macrons Partei „La République en Marche!“ entstand während des Wahlkampfes aus der gleichnamigen Bewegung und vertritt sozialliberale Positionen. Philippe gehört der konservativen Partei „Les Républicains“ an. Inhaltlich weist das Programm der Regierung im Bereich Hochschulbildung und Forschung eine Kontinuität zur sozialistischen Regierung unter Staatspräsident François Hollande (2012 bis 2017) auf, wobei jedoch ein größerer Schwerpunkt auf Innovationsförderung und Forschungen zum Klimawandel gelegt wird. Die Genetikerin und ehemalige Präsidentin der Universität Nizza Sophia-Antipolis Frédérique Vidal wurde zur Ministerin für Hochschulbildung, Forschung und Innovation ernannt.

Zahlreiche Räte („Conseils“), Komitees („Comités“) und Kommissionen („Commissions“) stehen dem Bildungsministerium beratend zur Seite. Aktuell ist hier der 2018 gegründete, ministerienübergreifende Innovationsrat („Conseil de l'innovation“) hervorzuheben. Unter Vorsitz des Wirtschafts- und Finanzministers und der Ministerin für Hochschulbildung, Forschung und Innovation bringt er dreimal im Jahr zuständige Ministerien, umsetzende Instanzen und Experten zusammen. Sie entscheiden über die Schwerpunkte der Forschungs- und Innovationsförderung und vergeben hierfür jährlich 250 Millionen Euro aus dem ebenfalls 2018 geschaffenen Fonds für industrielle Innovationen („Fonds pour l'innovation et l'industrie“). Andere Gremien wie etwa der Strategische Forschungsrat CSR („Conseil stratégique de la recherche“), der seit 2013 als Beratungsinstanz unter der Leitung des Premierministers fungiert, treten nicht mehr in Erscheinung. Die Interessenvertretungen der Hochschulen, insbesondere die Hochschulrektorenkonferenz CPU („Conférence des présidents d'université“), können vom MESRI beratend konsultiert werden. Das Parlamentarische Büro für Forschungs- und Technikfolgenabschätzung OPECST („Office parlementaire d'évaluation des choix scientifiques et techniques“) veröffentlicht regelmäßig Berichte zur Bewertung wissenschaftlicher und technischer Fragen. Die Beobachtungsstelle für Wissenschaft und Technik OST („Observatoire des sciences et des techniques“) veröffentlicht jedes Jahr Datensätze zur FuE-Leistung Frankreichs, auch im internationalen Vergleich.

Von nationalstaatlicher Seite werden Transferzahlungen an die Hochschulen und Forschungseinrichtungen geleistet, zum Beispiel durch spezielle strategische Forschungs- und Förderprogramme. Drittmittel für Forschung können bei der Nationalen Forschungsagentur ANR („Agence nationale de la recherche“), aber auch in geringerem Umfang bei den Regionen sowie den außeruniversitären Forschungseinrichtungen selbst eingeworben werden. Seit 2018 werden neben dem Fonds für industrielle Innovationen auch mit einem Investitionsprogramm („Grand plan d’investissement“, GPI) prioritäre Themen der Regierung mit einem Fonds in Höhe von insgesamt 57 Milliarden Euro und entsprechenden Sonderausschreibungen gefördert. Darunter sind auch acht Milliarden Euro für Hochschulbildung und Innovation vorgesehen. Der GPI folgt auf das 2010 geschaffene Programm für Zukunftsinvestitionen PIA („Programme d’investissement d’avenir“). Beim PIA handelt es sich ebenfalls um einen Fonds, der weiterhin 47 Milliarden Euro umfasst und dessen Programme weiter laufen. Aus den Fonds-Erträgen werden insbesondere Hochschulstandorte mit Potential zu Weltrang gefördert – ähnlich der deutschen Exzellenzinitiative; es werden aber auch Forschungsinfrastrukturen, Cluster, thematische Forschungsprogramme, die Entwicklung neuer Studiengänge oder pädagogische Innovationen unterstützt.

Das französische Hochschul- und Forschungssystem befindet sich seit der zweiten Amtszeit von Staatspräsident Jacques Chirac (ab 2002) in einem konstanten Reformprozess mit dem Ziel besserer internationaler Sichtbarkeit und Leistungsfähigkeit. Unter Staatspräsident Emmanuel Macron bleiben Forschung, Studienerfolg und Innovation eine Priorität der Regierung.

[Nach oben](#)